

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
I. Die Einleitung	1
1. Die Problemstellung der Untersuchung	1
2. Das Ziel der Untersuchung	12
3. Die Bildung von Geld- und Vermögensanlagen durch breite Schichten der Bevölkerung	14
4. Der Gang der Untersuchung	17
II. Die Prüfungstätigkeit nach Aktiengesetz 1965 als Untersuchungsgegenstand	21
A. Die in § 162 I AktG 1965 geregelten Prüfungsgegenstände	22
B. Der im Aktiengesetz 1965 geregelte Prüfungsumfang	23
1. Der Prüfungsumfang des Jahresabschlusses	23
1.1. Das Prüfungskriterium der Gesetzesbestimmungen, insbesondere die Generalklausel gem. § 149 I 2 AktG 1965	23
1.1.1. Der Wortlaut und seine Auslegung in der Kommen- tierung	24
1.1.2. Der Prüfungsumfang und seine Auslegung in der Kommentierung und Literatur	26
1.1.3. Die Kritik an der Auslegung des § 149 I 2 AktG 1965 durch die herrschende Meinung	28
1.1.3.1. Prüfung des Wortlauts des § 149 I 2 AktG 1965	29
1.1.3.2. Prüfung des Gesetzesaufbaus	29
1.1.3.3. Prüfung der Entstehungsgeschichte	30
1.1.3.4. Prüfung des Sinns und Zwecks und Erörterungen der Konsequenzen zum Standpunkt der herrschen- den Meinung	31
1.1.3.5. Die Auslegung des Prüfungsumfangs durch die herrschende Meinung	32

1.1.4. Die Wertung	33
1.2. Das Prüfungskriterium der Satzungsbestimmungen	33
1.2.1. Die Berufsrichtlinien für die Berufsausübung der Wirtschaftsprüferkammer sowie die Fachgutachten und Stellungnahmen des Instituts der Wirtschaftsprüfer	34
1.2.1.1. Die Berufsrichtlinien der Wirtschaftsprüferkammern	35
a) Die Rechtsnatur der Berufsrichtlinien	36
b) Die praktische Ausgestaltung der Berufsrichtlinien	39
c) Die Außenwirkung der Berufsrichtlinien	41
d) Die Verbindlichkeit der Berufsrichtlinien	43
1.2.1.2. Die Fachgutachten und Stellungnahmen des Instituts der Wirtschaftsprüfer	45
a) Die Rechtsnatur der Fachgutachten und Stellungnahmen	47
b) Die Bezugnahme auf die Fachgutachten und Stellungnahmen des IdW innerhalb der Berufsrichtlinien der WPK	50
1.2.2. Die Kritik an der Ausgestaltung der Berufsrichtlinien der WPK und der Fachgutachten und Stellungnahmen des IdW	52
1.2.2.1. Die Rechtsnatur der Berufsrichtlinien der WPK	52
a) Die Untersuchung der Gesetzessystematik	52
b) Die Erörterung der Konsequenzen und die zusammenfassende Bewertung	57
1.2.2.2. Die Ausgestaltung der Richtlinien als Leitsatz und Richtungsweisende Feststellung	60
a) Die Untersuchung der Gesetzessystematik	60
b) Die Erörterung der Konsequenzen der Gesetzesauslegung	63

1.2.2.3. Die Fachgutachten und Stellungnahmen als Bestandteil der Richtlinien	64
a) Die Untersuchung der Gesetzessystematik	64
b) Die Erörterung der Konsequenzen der Gesetzesauslegung	66
1.2.2.4. Die Untersuchung der Verbindlichkeitsregelungen	66
1.2.3. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Juli 1987 zum anwaltlichen Standesrecht und deren Auswirkung auf das Standesrecht der Wirtschaftsprüfer	69
1.2.3.1. Der Inhalt der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	69
1.2.3.2. Die Kritik an den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und die Konsequenzen für das Standesrecht der Wirtschaftsprüfer	73
1.2.4. Die abschließende Bewertung	80
1.3. Die formelle und materielle Prüfung des Jahresabschlusses	81
2. Der Prüfungsumfang des Geschäftsberichts	81
2.1. Der Prüfungsumfang des Erläuterungsberichts	82
2.2. Der Prüfungsumfang des Lageberichts	82
2.2.1. Kritik an der Prüfungsumfangsregelung des Lageberichts	85
2.2.2. Die Bewertung	88
3. Der an den Aufsichtsrat gerichtete Prüfungsbericht gem. § 166 AktG 1965	88
3.1. Die Aufgabe des Prüfungsberichts	88
3.1.1. Der Inhalt des Prüfungsberichts	89
3.1.2. Der Pflichtinhalt des Prüfungsberichts	89

3.1.2.1. Die Regelung des § 166 I 2 AktG 1965	89
a) Die Besonderheit innerhalb der Geschäftsberichtsregelung	90
b) Die Entstehungsgeschichte der Vorschrift	91
c) Der Sinn und Zweck der Vorschrift	92
3.1.2.2. Die Regelung des § 166 I 3 AktG 1965	93
a) Der fakultative Berichtsinhalt des Prüfungsberichts	93
aa) Die Lage vor der Aktienrechtsreform von 1965	94
ab) Die Lage gemäß Aktiengesetz 1965	95
aba) Untersuchung der Gesetzesmaterialien	95
abb) Die Ansichten in Literatur und Kommentierung	96
b) Die Kritik am Prüfungsbericht (fakultativer Bericht)	99
ba) Keine Öffentlichkeitswirkung des Prüfungsberichts	99
bb) Das Problem der rechtlichen Verpflichtung zur Darstellung	100
bc) Die gewohnheitsrechtliche Verpflichtung	100
bd) Die Verpflichtung aus den Fachgutachten und Stellungnahmen	101
be) Die Verpflichtung aus den Berufsrichtlinien der Wirtschaftsprüferkammer	102
bf) Die Verpflichtung zur Darstellung gemäß anderer Literaturmeinungen	103
bg) Die Bewertung	104

3.1.2.3. Die Regelung des § 166 II Aktiengesetz 1965 (Pflichtbericht)	104
a) Die Entstehung und der Zweck der Vorschrift	104
b) Die Voraussetzungen für die Berichtspflicht	105
c) Die Berichtspflichtigen Tatsachen	106
ca) Der Tatbestand der unternehmensbezogenen Tatsachen	106
cb) Der Tatbestand der Verstöße des Vorstands	107
3.1.2.4. Die Kritik am Prüfungsbericht (Pflichtbericht)	108
a) Keine Öffentlichkeitswirkung des Prüfungsberichts	108
b) Die Regelung des § 166 II AktG gemessen an der Leitentscheidung des BGH von 1954	109
ba) Die Regelung des § 166 II erste und zweite Alternative	109
bb) Die Regelung des § 166 II dritte und vierte Alternative AktG 1965	111
c) Die Anforderung der Feststellung bei Wahrnehmung ihrer Aufgaben	113
ca) Der Wille des Gesetzgebers	113
cb) Die Stellungnahmen in der Kommentierung und Literatur	114
d) Die Bewertung	115
4. Die Regelung des § 167 AktG 1965 (Bestätigungsvermerk)	116
4.1. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk	116
4.2. Der eingeschränkte oder versagte Bestätigungsvermerk und die Möglichkeit des Widerrufs	117
4.3. Die Rechtsfolge bei Einschränkung, Versagung und Widerruf des Bestätigungsvermerks	119
4.4. Die Kritik am Bestätigungsvermerk	120

4.4.1. Die gesetzlichen Funktionen	121
4.4.1.1 Die Informationsfunktion	121
4.4.1.2. Die Ordnungsfunktion	122
4.4.2. Die praktische Funktion	123
4.4.3. Die wirtschaftliche Abhängigkeit	124
5. Die Regelungen der §§ 177, 178 AktG 1965 (Publizität der Rechnungslegung)	125
5.1. Die Kritik an der Publizität der Rechnungslegung	126
5.1.1. Die Publizität des Prüfungsergebnisses	126
5.1.2. Die Publizität der Prüfungsgegenstände	127
6. Die zusammenfassende Kritik der Abschnitte A und B	129
C. Die Kontrollinstanzen nach abgeschlossener Prüfungstätigkeit der Abschlußprüfer	131
1. Die regelmäßige Kontrolle der Prüfungstätigkeit	132
1.1. Die Wirtschaftsprüferkammer	132
1.1.1. Die Rechtsgrundlage der Aufsicht	132
1.1.1.1. Der Umfang und der Schutzzweck der Aufsicht	133
1.1.1.2. Die gesetzlichen Grenzen der Aufsicht	135
1.1.1.3. Die zur Verfügung stehenden Sanktionsmittel	138
1.1.1.4. Die Erörterungen der Konsequenzen und die Kritik am Konzept der Aufsicht	138
1.1.2 Die praktische Aufsichtstätigkeit	140
1.1.2.1. Die Darstellung der praktischen Aufsichtstätigkeit und Rückschlüsse auf ihre Effektivität	140
1.1.2.2. Die Erörterungen der Konsequenzen und die zusammenfassende Kritik an der Effektivität der Aufsichtstätigkeit	148

1.1.3. Abschließende Bewertung der Tätigkeitsbereiche der Wirtschaftsprüferkammer	150
1.2. Der Aufsichtsrat	151
1.2.1. Die Regelung der Prüfungsgegenstände des § 171 Aktiengesetz 1965	152
1.2.2. Die Regelung des Prüfungsumfangs	152
1.2.3. Die Konkretisierung der Prüfungspflicht des Aufsichtsrates	154
1.2.4. Die Berichtspflicht des Aufsichtsrates nach § 171 II AktG 1965	155
1.2.5. Die Sanktionsmöglichkeiten des Aufsichtsrates	156
1.2.5.1. Die Einwendungen des Aufsichtsrates gegen den Jahresabschluß	156
1.2.5.2. Die Mißbilligung des Jahresabschlusses durch den Aufsichtsrat	157
1.2.6. Die Kritik an der Kontrolle durch den Aufsichtsrat	158
2. Die Beurteilung von Berufshandlungen der Abschlußprüfer	161
2.1. Die Berufsgerichtsbarkeit	161
2.1.1. Die Organisation der Berufsgerichtsbarkeit	161
2.1.2. Das Tätigwerden der Berufsgerichtsbarkeit	162
2.1.3. Die Kritik am System der Berufsgerichtsbarkeit	163
2.2. Die Dritthaftung der Abschlußprüfer im Zivilrecht	169
2.2.1. Die Haftung des Abschlußprüfers nach § 168 Aktiengesetz 1965 und § 323 Handelsgesetzbuch 1985 gegenüber außenstehenden Dritten	171
2.2.2. Die Anwendung der allgemeinen Haftungsregelungen neben den gesetzlichen Haftungsvorschriften der § 168 AktG 1965 und § 323 HGB 1985	173

2.2.2.1.	Die vertraglichen und vertragsähnlichen Haftungsgründe	177
a)	Der Prüfungsvertrag zwischen Abschlußprüfer und Gesellschaft als Vertrag zugunsten Dritter	177
b)	Der Prüfungsvertrag als Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	179
c)	Die Drittschadensliquidation	200
d)	Der Auskunftsvertrag gemäß § 676 BGB	200
e)	Der Auskunftsvertrag mit dem "den es angeht"	201
f)	Die Lehre von der Vertrauenshaftung nach Canaris	202
g)	Die Sachwalterhaftung	204
h)	Die Lehre vom quasi-vertraglichen Selbstbindungswillen	210
i)	Die übergeordnete Berufshaftung	212
2.2.2.2.	Die deliktischen und deliktsähnlichen Haftungsgründe	214
a)	Die Regelung des § 823 I BGB	215
b)	Die Regelung des § 823 II BGB	215
ba)	Die strafrechtlichen Normen	215
bb)	Die aktiengesetzlichen beziehungsweise handelsrechtlichen Vorschriften als Schutzgesetze	218
bc)	Die berufsrechtlichen Bestimmungen	221
bd)	Die Lehre von den Verkehrspflichten zum Schutze fremden Vermögens	222
c)	Die vorsätzlich sittenwidrige Schädigung gemäß § 826 BGB	229
2.2.3.	Die reflexiven Wirkungen der Ausdehnung der zivilrechtlichen Dritthaftung der Abschlußprüfer auf das Ständesrecht und das Aufstellungsverfahren der Rechnungslegung	231
2.2.4.	Das zusammenfassende Ergebnis und die abschließende Bewertung	235

3. Die behördliche Kontrolle des Verfahrensablaufs der Rechnungslegung	237
3.1. Das Registergericht	237
3.1.1. Die Einreichung und Bekanntmachung der Unterlagen	237
3.1.2. Die Kontrolle der formellen Ordnungsmäßigkeit	238
3.1.3. Die materielle Kontrolle des Jahresabschlusses	238
3.1.4. Die Befugnis zur weitergehenden Kontrolle des Jahresabschlusses	240
3.1.5. Die dem Registergericht zur Verfügung stehenden Sanktionsmittel	241
3.1.6. Die Kritik an der Kontrolle durch das Registergericht	242
3.1.6.1 Die Kritik an der Fristenkontrolle	242
3.1.6.2. Die Kritik an der Überprüfung der Rechtsgültigkeit des Jahresabschlusses	244
a) Der fehlerhafte Jahresabschluß	244
b) Der offensichtlich nichtige Jahresabschluß	245
3.1.6.3. Die Kritik an den fachlichen Qualifikationen der Rechtspfleger und der ihnen zur Verfügung stehenden Sanktionsmittel	246
3.2. Die Kontrolle durch die Verwaltungsbehörden	247
3.2.1. Der Aufgabenbereich der Verwaltungsbehörden	247
3.2.2. Die Kritik an der Kontrolle durch die Verwaltungsbehörden	249
4. Die zusammenfassende Kritik des Abschnitts C und die Bewertung	249

III. Die Rechnungslegung nach Bilanzrichtlinien-Gesetz als Untersuchungsgegenstand	25f
A. Die Pflicht zur Prüfung gemäß § 316 I HGB 1985 und die Prüfungsgegenstände gemäß § 317 HGB 1985	25f
B. Der gemäß § 317 HGB 1985 geregelte Prüfungsumfang	25f
1. Der Prüfungsumfang des Jahresabschlusses	25f
1.1. Das Prüfungskriterium der Gesetzesbestimmungen, insbesondere die Bedeutung der Generalklausel gem. § 264 II HGB 1985	25f
1.1.1. Der Wortlaut der neuen Generalklausel und die Auslegung in der Literatur	25f
1.1.2. Die Verpflichtung zu zusätzlichen Angaben im Anhang	26f
1.1.3. Die formelle und materielle Prüfung des Jahresabschlusses	26f
1.1.4. Die Kritik an der Regelung des Prüfungsumfanges des Jahresabschlusses	26f
1.1.4.1. Die Transformation des englischen Prinzips "true and fair view" in das deutsche Aktienrecht	26f
1.1.4.2. Die Fernwirkung der Regelungen der 4. EG-Richtlinie in das nationale Recht als Konsequenz des Transformationsdefizits	27f
1.1.4.3. Die Auswirkung des Transformationsdefizits des Art. 2 Absatz V der 4. EG-Richtlinie auf die Prüfungsumfangsregelungen des Handelsgesetzbuchs 1985	28f
1.1.4.4. Die abschließende Bewertung	28f
1.2. Die Richtlinien für die Berufsausübung der Wirtschaftsprüferkammer und die Fachgutachten und Stellungnahmen des Instituts der Wirtschaftsprüfer	28f
1.2.1. Die Ausgestaltung der berufsfachlichen Regelungen und die Änderungen der Wirtschaftsprüferordnung	28f

2. Der Inhalt des Lageberichts und der Prüfungsumfang	295
2.1. Die allgemeine Funktion des Lageberichts	295
2.2. Der Inhalt des Lageberichts	297
2.2.1. Die Grundsätze der Lageberichtserstattung	297
2.2.2. Die Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft gemäß § 289 I HGB 1985	301
2.2.3. Die Einzelangaben gemäß § 289 II Nr. 1-3 HGB 1985	303
2.3. Der Prüfungsumfang des Lageberichts gemäß § 317 I 3 HGB 1985	309
2.3.1. Der Prüfungsumfang bezüglich des Berichtsteils nach § 289 I HGB 1985	309
2.3.2. Der Prüfungsumfang der sonstigen Angaben im Lagebericht bezüglich § 289 II HGB 1985	311
2.4. Die Kritik an der Lageberichtsregelung	313
2.4.1. Die Kritik an den Aufstellungsvorschriften des Lageberichts	313
2.4.2. Die Kritik an den Prüfungsregelungen des Lageberichts	317
2.4.3. Die zusammenfassende Wertung des Kapitels der Lageberichtsregelung	322
3. Der an den Aufsichtsrat gerichtete Prüfungsbericht gemäß § 321 HGB 1985	323
3.1. Der Inhalt des Prüfungsberichts	323
3.1.1. Die Pflichtfeststellungen nach § 321 I 2 HGB 1985	323
3.1.2. Die Anforderung der Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses gemäß § 321 I 3 HGB 1985 und die Erläuterung von nachteiligen Veränderungen der Unternehmung gemäß § 321 I 4 HGB 1985	324
3.1.3. Die Erläuterung der Bestandsgefährdung des Unternehmens gemäß § 321 II HGB 1985	326
3.2. Die Kritik an der Prüfungsberichtsregelung	327

4. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB 1985	33f
4.1. Die inhaltliche Ausweitung des Bestätigungsvermerks	33f
4.2. Die Kritik am Bestätigungsvermerk und die abschließende Bewertung	33f
5. Die Publizität der Rechnungslegung gemäß § 325 und § 326 HGB 1985	34f
5.1. Die Ausweitung des Umfangs der Offenlegung der Unterlagen	34f
5.2. Die Kritik an der Publizität der Rechnungslegung	34f
6. Die zusammenfassende Kritik an den Abschnitten A und B und die Bewertung	34f
C. Die gesetzlichen Änderungen bei den Kontrollinstanzen nach abgeschlossener Prüfungstätigkeit der Abschlußprüfer	34f
1. Die Wirtschaftsprüferkammer	34f
1.1. Die Gesetzesreformen und ihre Auswirkungen auf die Berufsfachaufsicht	34f
1.2. Die Kritik an der Aufsichtstätigkeit der WPK	350
2. Das Registergericht	35f
2.1. Die Prüfungspflicht des Registergerichts gemäß § 329 HGB 1985	35f
2.2. Die Kritik an der Kontrolltätigkeit des Registergerichts	35f
3. Die zusammenfassende Kritik des Abschnitts C und die Bewertung	35f

IV. Die Zusammenfassung der Ergebnisse	357
A. Der Gegenstand und das Ziel der Untersuchung	357
B. Die Rechtslage nach dem Aktiengesetz 1965	357
C. Die Rechtslage gemäß dem Bilanzrichtlinien-Gesetz 1985	361